

Köln im Streikfieber: Beschäftigte fordern mehr Geld und Freizeit!

In Köln streikten am 27. Februar 2025 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.



Am 27. Februar 2025 kam es in Köln zu einem markanten Streik von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der von der Gewerkschaft Verdi organisiert wurde. Rund 1000 Streikende versammelten sich am Vormittag auf dem Neumarkt, um Druck in den laufenden Tarifverhandlungen aufzubauen. Der Streik betrifft eine Vielzahl von Mitarbeitern, darunter Angestellte von Kitas, städtischen Bühnen, Köln-Bädern, Jobcentern, Arbeitsagenturen und der Rheinischen Musikschule. Diese massiven Proteste sollen nicht nur die Forderungen der Beschäftigten unterstreichen, sondern auch auf die Herausforderungen aufmerksam machen, mit denen sie derzeit konfrontiert sind. **Ksta** berichtet, dass die Verhandlungen nach der erfolglosen zweiten Verhandlungsrunde am 18. Februar in

Potsdam fortgesetzt werden sollen.

Die zentrale Forderung von Verdi besteht darin, die Gehälter um acht Prozent zu erhöhen, mindestens jedoch um 350 Euro monatlich. Zudem werden drei zusätzliche freie Tage gefordert. Eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte um 200 Euro monatlich gehört ebenfalls zu den Ansprüchen. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf dem Vorschlag eines „Meine-Zeit-Kontos“, das über 2,6 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst mehr Zeitsouveränität und Flexibilität bieten soll. Diese Forderungen zielen darauf ab, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entscheidend zu verbessern.

Enttäuschung und Forderungen

Tjark Sauer, Bezirksgeschäftsführer von Verdi Köln-Bonn-Leverkusen, äußerte sich enttäuscht über das Verhalten der Arbeitgeber, die in der zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot vorlegten. Sören Hamacher, Mitglied der Bundestarifkommission, kritisierte zudem die mangelhafte Vorbereitung der Arbeitgeber auf die Gespräche. Dies hat das Vertrauen der Beschäftigten in die Verhandlungsführung zusätzlich belastet.

Die nächste Verhandlungsrunde wird vom 14. bis 16. März stattfinden, wobei Verdi bereits weitere Streikmaßnahmen angekündigt hat, um die Arbeitgeber zu konkreten Angeboten zu bewegen. Karin Welge, Präsidentin der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, zeigte sich zwar optimistisch nach dem letzten Treffen, die Realität vor Ort bleibt jedoch angespannt.

Solidarität und Mobilisierung

Die Tarifverhandlungen beginnen im Januar 2025 und betreffen rund 2,5 Millionen Tarifbeschäftigte von Bund und Kommunen. Die Forderungen umfassen neben mehr Geld auch Freizeit und

Wahlfreiheit. Verdi zieht in dieser Situation die Solidarität der Kolleg*innen in die Waagschale. Diese sollen sich aktiv in die Tarifauseinandersetzung einbringen, um den Zusammenhalt und die Stärke der Beschäftigten zu demonstrieren. Viele Beschäftigte unterstützen die Forderungen und haben sich bereit erklärt, bis zum 17. Februar 2025 an einem Stärketest teilzunehmen, um die Einigkeit in der Bewegung zu zeigen. **Verdi** hebt hervor, dass eine starke Gemeinschaft unerlässlich ist, um in den Verhandlungen erfolgreich zu sein.

Judith Grövert, Geschäftsführerin der DGB-Region Köln-Bonn, hat ebenfalls auf die fehlende Bereitschaft der Arbeitgeber zum Dialog hingewiesen und forderte dringend Maßnahmen zur Entlastung der Beschäftigten. In diesem Kontext bleibt abzuwarten, ob die kommenden Gespräche zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen führen werden.

Details	
Quellen	• www.ksta.de • zusammen-geht-mehr.verdi.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net